

Antrag 44/I/2021**Jusos Brandenburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landtagsfraktion (Konsens)****Direkte Demokratie stärken - Online-Unterschriftensammlungen für Volksinitiativen**

1 Die SPD Brandenburg fordert die SPD-geführte
 2 Landesregierung zur Einführung einer Internetan-
 3 wendung auf, die es ermöglicht, Unterschriften
 4 für Volksinitiativen auch online zu sammeln so-
 5 wie die Sammlung von Unterschriften für einen
 6 Volksbegehren auch außerhalb von Ämtern zu ge-
 7 statten. Zusätzlich wird die Prüfung der Online-
 8 Unterschriftensammlung für Volksbegehren gefor-
 9 dert.

10

Begründung

12 Erst kürzlich haben zwei Volksinitiativen in Branden-
 13 burg, die sich beide mit dem Thema Insektenschutz
 14 beschäftigten wieder gezeigt, wie groß das Interes-
 15 se an direktdemokratischen Prozessen ist. Branden-
 16 burg hat von allen Bundesländern von 1946-2019 die
 17 drittmeisten Volksinitiativen von allen Bundeslän-
 18 dern vorzuweisen und das obwohl diese erst seit
 19 1992 möglich sind. Dies liegt neben einer regen poli-
 20 tischen Beteiligung auch an den niedrigen Quoren,
 21 die wir für die Volksinitiativen ansetzen. Trotzdem
 22 ist eine Volksinitiative für die Initiator*innen wei-
 23 terhin mit hohem Aufwand verbunden, nötig sind
 24 mindestens 20.000 Unterschriften. Diese Hürde er-
 25 schwert es allen, die nicht in mitgliederstarken Or-
 26 ganisationen oder Verbänden organisiert sind, er-
 27 heblich, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen. Durch
 28 die Möglichkeit einer Online-Volksinitiative zusätz-
 29 lich zu den bereits bestehenden Möglichkeiten lie-
 30 ße sich der Aufwand für die InitiatorInnen erheblich
 31 reduzieren, ohne dass die demokratische Hürde ge-
 32 senkt werden müsste.

33 Analog und im Besonderen gilt dies auch für Volks-
 34 begehren. Denn in Brandenburg fanden zwar seit
 35 1992 42 Volksinitiativen statt, jedoch kein einziger
 36 Volksentscheid. Dies liegt einerseits daran, dass vie-
 37 le Initiativen durchs Parlament angenommen wer-
 38 den. Allerdings liegen andererseits auch die Hür-
 39 den für ein Volksbegehren und damit auch für einen
 40 Volksentscheid deutlich höher als für eine Volksin-
 41 itiative. Es müssen mindestens 80.000 Unterschrif-
 42 ten gesammelt werden. Der Aufwand steigt also, zu-
 43 mal diese auf amtlichen Unterschriftenlisten geleis-

Die SPD-Landtagsfraktion wird gebeten die Abgren-
 zung von parlamentarischer und direkter Demokra-
 tie besonders zu beachten.

44 tet werden müssen, also nicht mehr auf der Straße
45 oder bei Veranstaltungen gesammelt werden dür-
46 fen. Allerdings liegen hier auch die Sicherheitsbe-
47 denken höher, da die Manipulation eines Volksbe-
48 gehrens noch deutlich größere Auswirkungen hätte
49 als die einer Volksinitiative.
50 Ziel sollte jedoch eine sichere Plattform nach Vorla-
51 ge der Petitionsplattform des Bundestages sein, auf
52 der jede*r Stimmberechtigte*r ihre*seine demokra-
53 tischen Rechte unkompliziert und verbindlich wahr-
54 nehmen kann.